

Gemeinsame Herausforderung nach dem 29. Mai

Es gilt, die anderen Länder mitzunehmen

ANGELICA SCHWALL-DÜREN*

Ich bin von Natur aus Optimistin. Natürlich muss man in schwierigen Situationen realistisch bleiben, und ich tue es auch. Aber ich lehne es ab, mich von den Schwarzsehern überzeugen zu lassen, der deutsch-französische Motor der europäischen Integration sei mit der französischen Ablehnung der europäischen Verfassung abgesoffen, oder das europäische Projekt könnte die letzte Erweiterungsrunde nicht überleben.

Mein Vortrag besteht aus drei Teilen: zunächst werde ich darstellen, was ich unter den deutsch-französischen Beziehungen verstehe. Auf der Basis meiner politischen Erfahrung in diesem Bereich möchte ich aufzeigen, warum man zu Recht von einem „Motor“ gesprochen hat und immer noch spricht. Im zweiten Teil werde ich die aktuelle Lage nach dem 29. Mai analysieren: Welche Enttäuschungen wurden zum Ausdruck gebracht? Welche Konsequenzen werden in Frankreich und in Deutschland daraus gezogen? Im letzten Teil werde ich meinem Optimismus treu bleiben: Ich werde nach vorne schauen: Was müssen wir, was können wir noch tun, damit das Projekt Europa nicht still steht, sondern weiter voran kommt?

1. Fundament der europäischen Integration

Zunächst eine kleine Bilanz: Was hat die deutsch-französische Partnerschaft, was anderen bilateralen Beziehungen in Europa, wie etwa der italienisch-französischen, oder der deutsch-österreichischen fehlt? Ist der deutsch-französische Motor nur ein Mythos? Oder haben die beiden ehemaligen „Erbfeinde“ tatsächlich dazu beigetragen, dass die europäische Einigung vorangekommen ist? Ich bin überzeugt, Letzteres ist der Fall.

Und ich bin fest davon überzeugt, dass das deutsch-französische Paar seine Nützlichkeit für Europa gerade auch seiner Gegensätzlichkeit zu verdanken hat. Von Anfang an waren deutsche und französische Interessen durchaus unterschiedlich – und das vor allem vor dem Hintergrund des europäischen Projektes. Gerade deshalb konnte eine deutsch-französische Verständigung als Basis für einen gesamteuropäischen Konsens dienen. Ich denke an die Römischen Verträge, als sich ein landwirtschaftlich geprägtes Frankreich einem Industriestaat Deutschland gegenüber sah. Heute ist die Situation zwar etwas komplizierter geworden, vom Prinzip her laufen Einigungen auf europäischer Ebene aber immer noch genauso ab.

* Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB, ist stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.

Diese Verständigung, diese auf Zugewinn für alle Seiten orientierte Strategie, war zwar nicht von Anfang an selbstverständlich, hat dann jedoch lange als Zündfunke für das Feuer der europäischen Integration gedient und gereicht.

Der europäische Aufbau braucht keine Vereinheitlichung der nationalen Interessen: Er braucht aber eine fruchtbare und ehrliche Auseinandersetzung, wie wir sie zwischen Deutschland und Frankreich, mit schwierigen Zwischenphasen, immer wieder beobachten konnten. Diese fruchtbare Auseinandersetzung macht eine stabile Entwicklung möglich. Ich denke zum Beispiel an die Industriepolitik, wo die Colbertistische Tradition Frankreichs mit starkem Eingreifen des Staates gegen die deutsche Auffassung verstößt, nach der sich der Staat im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft darauf begrenzen soll, ein günstiges Klima für die Entwicklung der Wirtschaft und des sozialen Dialogs zu schaffen. Trotz der großen Differenzen in diesem Bereich, ich denke beispielsweise an die Fälle Aventis–Sanofi oder Siemens–Alstom, – vielleicht gerade dank dieser Auseinandersetzungen – kann es durch das Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern Fortschritte in der Lissabon-Strategie geben. Als positives Beispiel kann schon jetzt der Erfolg von EADS bezeichnet werden.

Ich komme zur europäischen Institutionen-Debatte: Unsere politischen Systeme sind sehr unterschiedlich: Das französische System des Zentralstaates steht dem deutschen Föderalismus mit seiner komplexen Verzahnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern gegenüber. Außerdem gilt in Deutschland trotz der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers das starke Ressortprinzip. Das semipräsidentielle System in Frankreich lässt dem Parlament viel weniger Raum als das deutsche parlamentarische System. Die bilaterale Kooperation vor dem Hintergrund dieser Unterschiede ist nicht

immer einfach. Die verschiedenen politischen Kulturen sind aber hinsichtlich der Überlegungen zum europäischen institutionellen Aufbau sehr nützlich: Der Transfer der Erfahrungen mit den unterschiedlichen Systemen und ihre dialektische Weiterentwicklung bieten Lösungsansätze für die institutionelle Gestaltung der EU.

Ich denke hier an die deutsch-französische Zusammenarbeit im Europäischen Konvent über die Zukunft der EU: Erstens haben Deutschland und Frankreich gemeinsame Positionen in den Bereichen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der Innenpolitik (Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes) vorgelegt, die große Fortschritte in den Verhandlungen bewirkt haben. Zweitens haben deutsch-französische Überlegungen im institutionellen Bereich eine Vertiefung der Diskussion mit den anderen Mitgliedstaaten und letztlich eine Einigung ermöglicht: Bei der Debatte um die EU-Präsidentschaft war Frankreich ursprünglich auf die Idee eines Präsidenten des Europäischen Rates festgelegt, unter anderem innerhalb des so genannten „ABC-Vorschlags“ von Aznar, Blair und Chirac, während Deutschland sich auf den Kommissionspräsidenten konzentrierte. Im Januar 2003 haben sich beide Länder auf einen gemeinsamen Vorschlag einer zweiköpfigen Präsidentschaft verständigt. Der Konvent hat diese Idee zwar nicht übernommen, aber immerhin wurde neben der Verständigung auf einen für zweieinhalb Jahre gewählten Ratspräsidenten auch die Rolle des Präsidenten der Kommission im Verfassungsvertrag gestärkt.

Warum betone ich diese Beispiele? Weil sie belegen, dass die deutsch-französischen Beziehungen entscheidend für den Fortschritt der EU sind. Jetzt habe ich aber genug über die Vergangenheit gesprochen und möchte zur aktuellen Situation kommen.

2. Aktuelle Schwäche der deutsch-französischen Beziehungen

Wie lässt sich das Nein des französischen Volkes zur Europäischen Verfassung interpretieren? Mit der für eine Europa-Abstimmung extrem hohen Wahlbeteiligung von 70 Prozent haben sich die Franzosen gegen einen Text ausgesprochen, den Frankreich selbst zusammen mit Deutschland initiiert hatte. Wie bereits erwähnt, waren Deutschland und Frankreich im Konvent sehr aktiv und haben sehr zur Vereinbarung des Textes beigetragen. Heute kann man nur enttäuscht sein, dass die erreichten Fortschritte vom französischen Volk abgelehnt wurden.

Aber wurden sie tatsächlich abgelehnt? Der „Nouvel Observateur“ titelte eine Woche vor dem Referendum: „Die Antwort ist NEIN – aber was ist die Frage?“. Manche fragen sich, ob die Franzosen tatsächlich über das europäische Projekt abgestimmt haben. Bei der ersten Befragung nach dem Referendum gaben 52 Prozent an, aus „wirtschaftlichen und sozialen Gründen“ mit Nein gestimmt zu haben. Die sehr heterogene Front der Verfassungsgegner lässt sich nicht zusammenfassen, aber es ist wichtig zu verstehen, wie „europabereit“ die französische, aber auch die deutsche, die niederländische oder auch die britische und die polnische Bevölkerung ist. Denn das Nein der Franzosen hat einen Schneeballeffekt ausgelöst, der so schnell wie möglich gestoppt werden muss.

Es droht die Verstärkung der Nationalismen. Viele Beobachter analysieren das Nein der Franzosen als Ergebnis einer nationalen Identitätskrise, als Regression auf die französische Nation. Ich sehe es nicht so pessimistisch. Ich glaube zwar, dass das Volk mit seinem Nein ein starkes Signal geben wollte: An die Regierung, an die europäischen Eliten in den Hauptstädten, an das Europa, das so schwer zu verstehen ist, mit seinen demokratischen Defiziten und seiner Intransparenz. Trotzdem wünschten die nach dem Urnengang am Sonntag befragten Wähler zu 72

Prozent eine Fortsetzung der europäischen Integration. Und das ist für mich der entscheidende Punkt: Es gab in Frankreich Wähler, die gegen die Verfassung votiert haben, weil sie sich mehr Europa wünschen. Ich spreche nicht von den Kommunisten oder von den Souveränisten, sei es links mit Jean-Pierre Chevènement oder rechts mit Philippe de Villiers oder Jean-Marie Le Pen. Denn sie waren immer gegen eine Vertiefung der europäischen Integration und sind ihren Ideen treu geblieben.

Ich spreche von jenem Flügel der Linken, seien sie unter den Anhängern der Grünen oder des Parti Socialiste (immerhin 60 Prozent bei den ersteren und 56 Prozent bei letzteren), die sich von den falschen Signalen einiger Politiker haben überzeugen lassen, eine Krise – die so genannte „crise salutaire“ – der europäischen Integration könnte heilsam sein. Um diese Leute müssen wir uns jetzt als Politiker intensiv kümmern: Es sind nämlich die Europa-Enttäuschten, deren Hoffnungen von den europäischen Entwicklungen bisher nicht erfüllt wurden. In Frankreich wie in vielen anderen Mitgliedstaaten – Deutschland ist hier keine Ausnahme – erleben wir eine Entfremdung zwischen der Bevölkerung und der EU, die wir in Enthaltungen, national motivierten Wählerentscheidungen und Protestwahlverhalten wahrnehmen können. Diese Botschaft muss die Politik ernst nehmen.

Welche Folgen hat das Nein für die europäische Integration, und für den deutsch-französischen Motor? Aus dem französischen Nein ergibt sich eine komplexe politische Lage für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die auch dadurch verstärkt wird, dass in Deutschland kein Referendum stattgefunden hat. Dieser Umstand erhöht die Herausforderungen in einer Situation, in der die Regierungen der beiden Länder ohnehin nicht die gleiche parteipolitische Farbe haben. Eine Mehrheit des Ja zur Verfassung in Frankreich hätte die Franzosen zwar nicht

in „Integrationisten“ verwandelt, es wäre aber eine kleine Etappe in Richtung eines politischen Europa gewesen.

Jetzt ist der Schwung zumindest vorerst verloren, auch weil das Nein der Franzosen eine Welle weiterer negativer Reaktionen verstärkt hat, die leider zurzeit zu einer Lähmung des Ratifizierungsverfahrens der europäischen Verfassung führt. Das ist nicht das Ende der EU, auch ohne Verfassung lebt sie – vorläufig – weiter. Es gibt zwar keinen Plan B, aber der Vertrag von Nizza besteht immer noch, und mögliche Szenarien werden unter den Experten entwickelt, wie zum Beispiel die Verabschiedung von Teilen der Verfassung in Vertragsform. Einige Elemente sind schon übernommen, wie die Europäische Verteidigungsagentur, die Anfang 2005 mit der Arbeit begonnen hat, oder die Solidaritätsklausel des Artikels 43 der Verfassung, die schon Teil einer Erklärung der Mitgliedstaaten beim Europäischen Rat am 25. März 2004 nach den Terroranschlägen in Madrid war.

Wir müssen aber meines Erachtens für viele institutionelle Fortschritte, die in der europäischen Verfassung verankert waren, eine Lösung finden: Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Verfassung der notwendigen Vertiefung entsprach und eine Notwendigkeit nach der im Mai 2004 vollzogenen Erweiterung darstellt. Wie schnell eine Ratifizierung letztendlich erfolgen kann, wird davon abhängen, ob die Menschen auf dem Weg mitgenommen werden können.

Das Stichwort Erweiterung bringt mich zu meinem nächsten Punkt. Ein wichtiger Motivationsgrund der Verfassungsgegner ist ihre Wahrnehmung der EU-Osterweiterung. Die Franzosen haben durch die Ablehnung des Referendums ihre Verunsicherung gegenüber den Folgen der Erweiterung zum Ausdruck gebracht. Im französischen Wahlkampf und auch in der deutschen Presse hat das Bild des polnischen Klempners, der dem

französischen oder deutschen Handwerker den Arbeitsplatz wegnehme, eine erhebliche Rolle gespielt. Verschärft wurde diese Diskussion durch den Entwurf einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie. Es ist sehr wichtig, die damit verbundene Angst der Menschen zu erkennen. Bei den meisten Menschen steckt hinter den Vorbehalten keine Ausländerfeindlichkeit. Viele Bürgerinnen und Bürger sind aber nicht zuletzt aufgrund hoher Arbeitslosigkeit wegen einer befürchteten Öffnung der nationalen Märkte beunruhigt. Eine solche Öffnung ist jedoch seit der Einheitlichen Europäischen Akte, also seit fast 20 Jahren, Teil der Europäischen Gemeinschaften! Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen jetzt Angst haben, weil ihnen die Vision eines sozialen Europa fehlt, welches die wirtschaftliche Integration ergänzt.

Und damit komme ich zu meinem ersten Teil zurück: Wir müssen den Kern der europäischen Zusammenarbeit, sei es im europäischen oder im deutsch-französischen Kontext, wieder in den Vordergrund rücken. Dieser Kern besteht in der Lösung gemeinsamer Probleme mit dem Ziel, dass alle beteiligten Staaten davon profitieren. Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sind die Menschen für die populistische Zählung des Wortes „Markt“ im Verfassungstext anfällig geworden. Der Kritik von Gruppen wie ATTAC, die sich gegen ein neoliberales Europa wendet, können und müssen wir entgegen setzen, dass gerade die soziale Sicherung eine tiefere europäische Integration benötigt. Kein europäischer Staat kann allein im weltweiten Wettbewerb bestehen.

Diese Einsicht in die Notwendigkeit eines starken Europa ist in der Öffentlichkeit unterentwickelt. Daran müssen alle Europäer, auch Franzosen und Deutsche, arbeiten. Und damit komme ich zu meinem letzten Teil: der Zukunft.

3. Welche Perspektiven für die Zusammenarbeit?

Zuerst möchte ich auf meine erste These zurückgreifen: Es gibt in Europa keine Alternative zum deutsch-französischen Motor für die Förderung einer politischen Union. Wer könnte sonst eine solche Rolle übernehmen? Polen, ein Land, das ich sehr gut kenne, steht vor Neuwahlen, die mit großer Wahrscheinlichkeit eine europaskeptische Mehrheit bringen werden. Großbritannien wird am 1. Juli die Ratpräsidentschaft der EU übernehmen. Die Briten lehnen aber bisher jedes Konzept einer politischen Union vehement ab. In Italien haben wir mit Berlusconi keine besonders europafreundliche Regierung, und die Spaltung der Linken ist zur Entwicklung eines europäischen Projektes nicht hilfreich.

Dennoch bin ich davon überzeugt, dass die Lösung des demokratischen Defizits nur in der Vertiefung der europäischen Integration zu finden ist. Vor allem muss das Europäische Parlament, wie im Verfassungsentwurf vorgesehen, gestärkt werden. Auch das europäische Bürgerbegehren würde zu einem demokratischeren Europa beitragen.

Zudem verlangen die Lissabon-Ziele eine Verstärkung unserer Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene. Das Ziel eines wettbewerbsfähigen und prosperierenden Europas ist kein Kind einer neoliberalen Doktrin, sondern das Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen. In aktuellen Barometer-Umfragen nennen 54 Prozent der Befragten den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung als vordringlichste Aufgabe der EU. Wichtigster Vorwurf der so genannten „europafreundlichen“ Gegner der europäischen Verfassung war, die EU würde sich zu wenig um Arbeitsplätze und soziale Sicherheit kümmern. Ist dieser Vorwurf falsch? An ihren Kompetenzen in diesen Bereichen gemessen, ist sie sehr wohl bemüht, zur Lösung der bestehenden Probleme beizutragen. Die Kompetenzen liegen zum größten Teil bei den Mitgliedstaaten. Eine abgestimmte

Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es leider nicht. Beide Punkte verlangen nach mehr europäischer Integration.

Die Europäische Union ist für die Mitgliedstaaten die einzige Möglichkeit, auf der internationalen Bühne nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. Deswegen sollten Organisationen wie ATTAC, die gegen die negativen Folgen der Globalisierung kämpfen, eigentlich die treuesten Befürworter der politischen Integration Europas und nicht des konservativen Protektionismus' sein.

Deutschland und Frankreich müssen ihre Rolle im erweiterten Europa allerdings wahrnehmen. Viele Kritiker sehen im deutsch-französischen Motor momentan den Versuch, den Führungsanspruch der beiden Länder in der erweiterten Union zu retten. Der Politologe *Wolfram Vogel* vom Deutsch-Französischen Institut fasst es gut zusammen: Deutschland und Frankreich verfügten nicht mehr über den Legitimitätsvorsprung, der von den anderen Mitgliedstaaten in der Regel akzeptiert wurde. Das formale Gewicht Frankreichs und Deutschlands ist seit der Erweiterung geringer geworden: Sie haben an Einfluss verloren. Zwar leben zusammen genommen in beiden Ländern 30 Prozent der Bevölkerung der EU-25 mit einem Anteil von 55 Prozent am BIP der Eurozone, aber die neue Konstellation hat zur Folge, dass beide Länder, wie die meisten „alten“ Länder, weniger Gewicht innerhalb der europäischen Institutionen haben.

Außerdem verfügen sie seit der Erweiterung nur noch über je einen Kommissar in Brüssel. Auch mit der neuen Verfassung sind Änderungen vorgesehen, die den Einfluss der beiden Länder schwächen: Die neue Ausrichtung der doppelten Mehrheit im Rat und die Anhebung der Staatenquote für die qualifizierte Mehrheit. Darüber hinaus erkennen die 23 weiteren Mitgliedstaaten die deutsch-französische Stimme nicht mehr wie in der Vergangenheit vorbehaltlos an. Während der Irak-Krise im Jahre 2002 wurden Begriffe wie

„das Direktorium“ oder „die Hegemonie“ mit Bezug auf das deutsch-französische Tandem laut. Damit Deutschland und Frankreich neue „Legitimität“ und Anerkennung gewinnen, müssen sie die neuen und vor allem die kleinen Mitgliedstaaten auf ihrem Weg mitnehmen. Diese dürfen nicht den Eindruck gewinnen, es mit einem deutsch-französischen Dompteur zu tun zu haben. Stattdessen ist Fingerspitzengefühl gefordert.

Nachdenken über Europa ist angesagt, hier müssen Deutschland und Frankreich Impulse setzen. In seiner ersten Regierungserklärung hat Premierminister *Dominique de Villepin* am 8. Juni Deutschland als einziges Land zweimal erwähnt: in Bezug auf eine Steuerharmonisierung und bezüglich einer Union mit Deutschland in ausgewählten Politikbereichen. Möglich wäre zum Beispiel die Nutzung des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit unter Einbeziehung anderer europäischer Staaten, um eine Art Avantgarde in denjenigen Bereichen zu bilden, in denen wir vorwärts gehen wollen. Beispielsweise im Bereich der Steuerharmonisierung. Impulse dazu können von Deutschland und Frankreich in Zusammenarbeit mit anderen Ländern gegeben werden. Eine Erweiterung auf Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks ist möglich. Beispiele für ein solches Handeln bestehen bereits: mit Großbritannien in der Verteidigungspolitik oder mit Spanien, Italien und Großbritannien im Bereich der Innenpolitik. Die Eurozone und der Schengen-Raum sind andere Beispiele. Doch ist eines immer zu beachten: Eine solche Zusammenarbeit sollte nicht ein „Europa à la carte“ bilden. Und ein solcher Prozess muss offen für alle Mitgliedstaaten bleiben.

Einen wichtigen Impuls sollten Frankreich und Deutschland gerade angesichts des Referendumsergebnisses setzen: Die EU muss für die Menschen nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung für durch die Globalisierung auftretende Probleme sichtbar werden. Der Binnenmarkt muss von

Maßnahmen flankiert werden, damit die Menschen ihn als Chance und nicht als Bedrohung erleben können. Ein solches soziales Europa bedeutet aber nicht die Erfüllung der nationalen Wünsche Deutschlands oder Frankreichs: *Alfred Grosser* bezeichnete die europäische Integration als einen gegenseitigen Gewinn im Gegensatz zu einem Nullsummenspiel: Ein Nicht-Nullsummenspiel enthält ein wichtiges Element, das heute leider oft zu kurz kommt: die Solidarität. Es reicht nicht, am nationalen Sozialmodell festzuhalten. Wir müssen auch bereit sein, Kompromisse einzugehen und andere Staaten mitzunehmen.

In dieser Hinsicht muss sich das deutsch-französische Projekt heute mit einer höchst wichtigen Entscheidung befassen: der finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2007–2013. Dies ist die erste große Verhandlung nach der EU-Erweiterung. Hier müssen Deutschland und Frankreich ihre Fähigkeit zeigen, zu einer von allen Mitgliedstaaten annehmbaren Lösung zu kommen. Deutschland hat sich bereits bewegt. Was kommt jetzt als Angebot von Präsident *Chirac*?

Deutschland und Frankreich waren lange durch die Dialektik, die sich aus ihren sehr unterschiedlichen Systemen ergibt, Wegbereiter für europäische Entscheidungen, in denen sich die EU-Partner wiederfinden konnten. Jetzt befinden sie sich in einer Situation, in der paradoxerweise die Vertiefung der europäischen Integration von den Bevölkerungen nicht mitgetragen wird, wohl auch, weil die Bürger die Auswirkungen der Erweiterung fürchten. Dabei gehören Vertiefung und Erweiterung zusammen! Die EU muss stärker politisiert werden, um sie als demokratisches Projekt in den Bevölkerungen zu verankern. Das ist die Lehre des gescheiterten Verfassungsreferendums in Frankreich. Es ist Aufgabe Deutschlands und Frankreichs, den Mut zu politischer Führung zu haben, damit der Geist der europäischen Gründerväter nicht verloren geht.